

kraten stellt sich der Börse frei unter Dornburgs Führung auf die Seite des Aufwertungskompromisslers Herzog. Ueberall behalten aber trotz und wegen dieses Klassenrisses, der durch die Parteien geht, die Agenten des Großkapitals, die die Geldgeber der Parteien sind, die Führung. Sie setzen das Aufwertungskompromiß gegen den Willen von Millionen durch, weil diese Millionen auf die Wahlversprechungen der Großkapitalisten und Junker der deutschnationalen Volksbeiräte hingehen sind.

Nach ist diese Klassencheidung erst in den Anfängen. Nach sind die, die jetzt im Kampf um die Aufwertung gegen die Führer, denen sie bisher vertraut haben, rebellieren, selbst nicht klar, wie und mit welchen Mitteln sie ihre Interessen gegen die großkapitalistischen Parteien und deren Regierung durchzusetzen haben. Noch sind sie, die bisher der willigte Spielball der demagogischen Kräfte der bürgerlichen Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten gewesen sind, in Gefahr, weiter der Gegenstand der parlamentarischen Aulischiebereien eben derselben Parteien zu bleiben, eben weil sie sich über ihre Interessen noch nicht klar sind.

Dafür ist nichts bezeichnender als der Frontwechsel der diese Parteien, um die Massen ihrer Wähler entweder bei der Stange zu halten oder sie dem andern bürgerlichen Konkurrenten abzugeben, in voller Öffentlichkeit mit schamloser Grundlosigkeit vornehmen zu können glauben. Die Deutschnationalen, die heute den Inflationsraub der Stinnes und Westarp mit dem Aufwertungskompromiß sanktionieren, die heute mit diesem Kompromiß selbst den Altbesitzern der Kriegsanleihe, die in der Regierungsvorlage noch vorgesehene tägliche Verzinsung nehmen, deren angeblich erhöhte Aufwertung der Industrie-Obligationen und Hypotheken um 10 Proz. in Wirklichkeit ein Drittel ist, waren noch vor einem Jahre die wildesten Anhänger der vollkommenen Aufwertung. Damals, als die Sozialdemokraten als Stützen der Marx-Regierung Gegner der Aufwertung gewesen sind. Damals hat Hilferding, haben die Sozialdemokraten als die bewährten Valuten des Großkapitals im Interesse der Stabilisierung auf dem Glend der wertfälligen Massen alle Aufwertungsanträge niedergestimmt. Sie haben nicht nur gefordert, daß durch die Ermächtigungsgeetze die dritte Steuernotverordnung die Kriegsanleihe, die Sparfassen, gutachten jantich gemacht; sie haben sich mit ihrem ganzen parlamentarischen und außerparlamentarischen Einfluß für die Aufrechterhaltung dieser Steuernotverordnung und damit dem Aufwertungsrecht eingesetzt. Heute lassen sie den völkischen Herrn Best, weil er die Aufwertungsgeblücker hinter sich hat, in ihre Arme. Heute vollziehen sie das Bündnis mit dem Hakenkreuz. Umgekehrt steht es mit den Deutschnationalen, die heute die Führer des Aufwertungsraubes sind, und die kein Wort erwidern können, wenn ihnen ihre Anhänger schamloser Wortbruch vorwerfen.

Es ist klar, daß mit diesen Parteien, die ihre Stellung zur Aufwertung je mit ihrer Nähe oder Ferne von dem Ministerstuhl wechseln, die Aufwertungsgeblücker vertat und verkauft sind. Selbst für die Sozialdemokraten, die Anträge auf Besteuerung der Inflationsgewinne zugunsten der Aufwertungsgeblücker eingebracht haben, bleiben diese Anträge Gegenstand nur der parlamentarischen Verhandlung, nicht des Kampfes der Massen.

Wir Kommunisten, als die revolutionäre, die Klassenpartei des Proletariats, die wir unbeirrt von allem demagogischen Geschwätz der angeblichen Volksfreunde deutschnationaler oder sozialdemokratischer Couleur für die Interessen der Wertfälligen ohne Rücksicht auf die Klassenkräfte der Großbourgeoisie eingetreten sind, sagen den Wertfälligen, daß sie nur dann, wenn sie in vollem Bewußtsein ihrer Klassenlage sich von den Parteien, die sie betrogen haben, loslösen, den beginnenden Klassenkrieg bewußt erwidern, und mit dem kämpfenden Proletariat sich zusammenschließen, ihre Existenz wahren, ihre Rechte gegen die Bürgerblockparteien verteidigen können.

Wir Kommunisten haben den Sozialdemokraten und den DGB-Führern wiederholt erklärt, daß wir bereit sind, alle ihre Maßregeln, die sie im Interesse der Wertfälligen, im Interesse der Aufwertungsgeblücker als deren berufenen Freunde sie sich ausgeben, vorschlagen, parlamentarisch und außerparlamentarisch zu unterstützen bereit sind. Wir sind bereit, mit ihnen Steuernmaßnahmen durchzuführen, die die Inflationsgewinne zugunsten der Inflationsgeblücker rücksichtslos belasten.

Doch gerade das Verhalten der Sozialdemokraten, der DGB-Führer im Parlament und außerparlamentarisch zeigt, daß sie es ablehnen, diese Einheitsfront der Wertfälligen zustandebringen. Sie bleiben lieber im Schwanz der bürgerlichen Parteien und helfen durch parlamentarische Kunststücke dazu, daß die Rebellion der Aufwertungsgeblücker gedämpft werde, statt daß sie zusammen mit den Kommunisten, mit allen Wertfälligen, ihre Rebellion zur Massenaktion gegen die Bürgerblockregierung ausgestalten.

Die Aufwertungsgeblücker, die ja nur ein Teil der Millionenmasse der Inflationsinvaliden sind, dürfen darum nicht loder lassen. Sie dürfen nicht, nach rückwärts gemandt, utopisch von der Wiederherstellung des alten, endgültig zerfallenen Rechtes träumen; damit erleichtern sie nur den Aufwertungsgeblücklern das Spiel. Sie müssen im Bündnis mit dem vorwärtsdrängenden Proletariat gegen die Inflationsräuber ihr Recht neu aufbauen. Sie müssen einheitlich und geschlossen ihren Kampf gegen die Inflationsgewinnler und die sie schützende Regierung um rücksichtslose Besteuerungen, um Beschlagnahme der Fürstenvermögen führen. Sie müssen mit den Parteien, die sie betrogen haben, brechen und einheitlich mit den Kommunisten für die Sicherung ihrer Existenz auf den Plan treten.

Wenn schon im Aufwertungskompromiß die Verteidiger des Eigentums die Entzignung auf die Tagesordnung gesetzt haben; dann müssen die Millionen, die enteignet werden sollen, den Spieß umdrehen und die Clique der Inflationsgewinnler enteignen.

Der royalistische Generalsekretär Berger erschossen

Paris, 27. Mai. Wie das Pariser Polizeipräsidium mitteilt, wurde der Generalsekretär der royalistischen Liga Berger von einer Frau namens Maria Sonnise erschossen. Die Frau hat an Hand der Zeitungen festgestellt, daß sie sich in der Wache ihres Opfers gefühlt hätte. Sie stellte sich gestern abend der Polizei und gab an, sie habe den Redakteur der „Action Française“ Maurras erschossen wollen. Es handelt sich offenbar um eine Geistesranke. Frau Sonnise ist Ehefrau und Mutter zweier Kinder. Die Mitglieder der royalistischen Liga sind gestern abend zu einer Sitzung in Paris zusammengetreten. Die Pariser Polizeikommissariate wurden, da man Unruhen befürchtete, durch republikanische Garden verstärkt.

Drei Revolutionäre öffentlich gehängt!

(E.P.) Wien, 27. Mai. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia, daß heute früh das Todesurteil an Friedmann, Koeff und Jagorowski vollstreckt worden ist. Um 8 Uhr früh hatte man die Delinquenten auf den Platz im Westen der Stadt, der rings von Anhängern umgeben ist und auf dem sich mehr als 50 000 Menschen angelammelt hatten, um der Hinrichtung beizuwohnen, geführt. Die Urteilsverlesung dauerte länger als eine halbe Stunde, worauf als erster Koeff, dann Jagorowski und schließlich Friedmann gehängt wurden. Die Henkerdienste leisteten drei Zigeuner.

(E.P.) Sofia, 27. Mai. In dem Prozess wegen Begünstigung der kommunistischen Verschwörer verurteilte das Kriegsgericht Perischewitsch, Leger und Frau Nicolova zum Tode. Frau Leger wurde unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt.

Die bulgarischen Henker haben es trotz des Entzuges der internationalen Arbeiterkassette gewagt, die noch lebendig gebliebenen drei Angeklagten des großen „Attentatsprozesses“ hinzurichten. Die äußeren Umstände dieser Hinrichtung allein zeigen schon die bestialische Brutalität der heutigen Machthaber Bulgariens: auf einem öffentlichen Marktplatz wurden die Galgen aufgerichtet. Gehängt wurden die Revolutionäre, um den Nachdruck der Militärdiktatur zu stellen. Die bulgarischen Henker verrichten ihr Werk geküßt auf den englischen Imperialismus. Dieser verlängert und stützt ihr Leben, um das sie stündlich zittern. Es muß aber in diesem Augenblick, in dem das internationale Proletariat und die Millionenmassen der Bauern ihre Zähne vor den Märtyrern des Freiheitskampfes des bulgarischen Volkes in Ehrfurcht setzt, gegen die Sozialdemokratie die furchtbare Anklage erhoben werden; diese Hinrichtungen wären nicht möglich gewesen, wenn die Sozialdemokraten, die 2. Internationale, die Amsterdamer Gewerkschaften ihre warnende Stimme erhoben hätten. Sie haben aber nicht nur geschwiegen, sondern die Jankoff-Banden aktiv unterstützt: die bulgarischen Sozialdemokraten gliederten sich in die weiskardische Einheitsfront Jankoffs gegen die Arbeiter und Bauern ein. Die 2. Internationale billigte öffentlich die Haltung der bulgarischen Sozialbanditen und half, die Terroristen Jankoffs zu beschönigen. Die protestierende Stimme von Hunderttausenden, die Warnungen

einiger ehrlicher englischer Gewerkschaftsführer und Arbeiterdeputierter wurden in den Wind geschlagen. Dann es galt, den bulgarischen Stützpunkt des englischen Imperialismus zu reiten. Auf die sozialdemokratischen Parteileitungen fällt die Blutschuld an den bestialischen Hinrichtungen in Sofia.

Die Hingerichteten gehörten verschiedenen Kategorien der Angeklagten an. Genosse Friedmann erwies sich als aufrichtiger Kommunist, der den Blutrictern die Lage des Proletariats ins Gesicht schleuderte. Koeff, ein hoher Offizier, gehörte zu den Besten der bulgarischen Revolutionärbewegung. Der Kirchendiener Jagorowski war eine schwache Natur; er glaubte, durch willfährige Gehändnisse, dadurch, daß er alles, was ihm von den Blutrictern in den Mund gelegt wurde, bekräftigte, sein Leben zu retten. Den Angeklagten konnte eine Beteiligung am Kirchenattentat nicht nachgewiesen werden. Die Jankoff-Banden brauchten aber „Hauptangeklagte“, um die Henke gegen den Kommunismus, gegen Sowjetrußland, den Austrohungskrieg gegen die revolutionären Bauern fortsetzen zu können. Neue Hinrichtungen, neue Schreckensurteile stehen in Sofia bevor. Will die Sozialdemokratie, wollen die Gewerkschaften auch weiter schweigen? Wollen sie auch weiter als Henkersknechte Jankoffs die Verachtung aller anständigen Menschen auf sich laden? Arbeiter, wagt sie zur Antwort! Verhärtet eure Protestaktion! Rettet die Revolutionäre aus den Klauen Jankoffs!

Die Jankoff-Regierung hat schon Tausende Arbeiter und Bauernleben auf dem Gewissen. Diese bestialischen Henkerrichtungen müssen aber das Blut jedes Arbeiters, in dem noch ein Funken proletarischen Ehrgefühls lebt, zum Kochen bringen. Wir alle, die internationale revolutionäre Arbeiterkassette, soll durch die Galgen von Sofia gehängt, zu Verbrechern gekempft werden. Werktätige, duldet das nicht! Macht Schluss mit der Henkerschande in Bulgarien — mit der Justizschande in Deutschland!

Der Streit Jankoffs wird den revolutionären Gedanken nicht erlösen! Es leben die revolutionären Arbeiter und Bauern Bulgariens! Unsere Brüdergrüße ihnen, die Jankoffen erwidern müssen, aber inmitten des blutigen weißen Terrors der roten Fahne treu bleiben! Ehre dem Andenken des Genossen Friedmann und aller der Tausenden, die im Kampfe gegen die Jankoffbestie als Soldaten der Revolution gefallen sind!



Das Hindenburg - Programm der Bourgeoisie

Die Steuerauswähler an der Arbeit

Der Steuer Ausschuss des Reichstages lehrte am Dienstag die Beratung des Einkommensteuergesetzes fort. Beim § 26. der das Kapitel „Nichtselbständige Arbeit“ behandelt, verlangte Genosse Höllein dringende Abhilfe gegen die mißbräuchliche Heranziehung von Heimarbeitern, die an einen Großkassen liefern, zur Umsatzsteuer.

Beim Kapitel „Sonstige Leistungsgewinne“ stieß wiederum der Troß der Steuerauswähler mit aller Macht vor. Die Grundstückspekulationengewinne wurden gegen die Stimmen der Kommunisten, SPD. und Zentrumsglieder von der Steuerpflicht befreit und auch für die Spekulation mit Wertpapieren wurde die Steuerpflicht vollkommen ausgehöhlt.

Die Kommunisten hatten nun den Antrag gestellt, daß die Steuerlisten öffentlich ausgewählt werden sollen, und zwar sowohl in den Finanzämtern des Veranlagungsbezirks wie in den Gemeinden der Steuerpflichtigen. Wir verpflichten uns davon zwar keine Beilegung der Steuersucht; aber wir wollen erreichen, daß sich die Öffentlichkeit selbst überzeugen kann, mit welcher Schamlosigkeit diese Steuerdrückbergerei geübt wird.

Die Milbe der Schliech-Schiele-Regierung hört sofort auf, wo es sich um die Besteuerung des Proletariats handelt. Dann erklärt sie jedesmal, daß sie unbedingt auf ihrer Vorlage bestehen müsse. Die Regierung verlangt, daß

unbedingt 1 Milliarde 200 Millionen Mark Lohnsteuer

aufgebracht werden müßte; sie fand für diese Stellungnahme die Unterstützung von Schwarzweißrot bis Schwarzrotgold.

Der Antrag auf Herabsetzung des steuerfreien Einkommens (Existenzminimum) von 900 auf 1200 Mark wurde abgelehnt, weil dieselbe Regierung, die den bestehenden Steuerdrückbergern jede Konzession macht, sich mit aller Schärfe dagegen wehrte.

Die Rolle der SPD. ist tragisch. Sie stellt sich grundständig, wie ihr Sprecher Dr. Herz erklärt, auf den Boden der Lohnsteuer.

Aber die Kommunisten treten für völlige Beilegung der Lohnsteuer ein und rufen den Massen zu: nur durch einen Druck von außen kann dies Ziel erreicht werden. Kampf gegen eure Ausplünderung durch diese schamlosen Steuern, aber nicht, daß dies ein Kampf ist gegen das Kapital überhaupt, dessen Macht ihr niederringen müßt, wenn ihr euch schützen wollt!

Schieles Vorstoß gegen die Weimarer Verfassung

Kommunisten unter Ausnahmerecht.

Der Haushaltsausschuss lehrte am Dienstag die Beratungen über das Ministerium des Innern fort.

Genosse Eichhorn verlangte die sofortige Vorlegung eines Beamtenräte-Gesetzes; im vorigen Reichstag ist bekanntlich dieses Gesetz von den bürgerlichen Parteien sabotiert worden. Weiterhin verlangen die Kommunisten Aufhebung des Artikels 48 der Verfassung und wenden sich mit Schärfe gegen die Ankündigung des Ministers Schiele, ein Notverordnungsgezet in Ausführung des Artikels 48 zu erlassen. Schließlich kritisiert Genosse Eichhorn scharf die Handhabung des Rundfunks, der zu einem Propagandamittel des Rechtsblocks mißbraucht werde.

Minister Schiele machte in seiner Antwort einen neuen Vorstoß gegen die Weimarer Verfassung. Die Staatsregierung

hatte in ihrer Proklamation den Willen ausgesprochen, eine Politik zu verfolgen, unter der das Staatsweien innerlich gebunden. Zu den Gegenständen, die einer solchen „Gebundung“ entgegenstehen, zählt Schiele die Weimarer Verfassung. Die auf so unsicherer Grundlage beruht, daß man sie nicht mit Stacheln draht umgeben dürfe“. Hinsichtlich des Rundfunks habe das Ministerium des Innern die Kontrolle der politischen Nachrichten in weit erweiterter, daß von der SPD. bis zur Telegrafien-Union alle politischen Richtungen daran beteiligt seien. Nur die Kommunisten schliche er ganz bewußt und absichtlich von dieser Kontrolle und Mitwirkung, wie von der Gleichberechtigung in der Benutzung des Rundfunks aus; er glaubt der Zustimmung aller übrigen Parteien sicher zu sein, wenn er diesen Standpunkt einer Partei gegenüber einnehme, die offen bekenne, den Staat mit gewaltsamen Mitteln führen zu wollen.

Weiter kündigt er an, daß das Beamtenrätegesetz dem Reichsrat vorlege, betont aber nachdrücklich dabei, daß die Regierung daran festhalte; ein Streikrecht für Beamte gibt es nicht!

Die Deutschnationalen, Abgeordnete v. Franztag, Paringshausen und Berndt, unterstützen die Ausführungen Schieles gegen die Weimarer Verfassung und forderben insbesondere das Zentrum auf, ihre ablehnende Stellung in Bezug auf den Verfassungsausschuß aufzugeben. Der Sozialdemokrat Sollmann teilte mit, daß keine Partei den Verfassungsausschuß ablehnen werde, (bisher waren sie sich darüber nicht klar, hatten sich ihre Stellung vielmehr vorbehalten), und erklärte, daß seine Partei die vorliegenden Anträge als Kriegsentscheidung aufnehme und daß sie sich entsprechend verhalten würden. Der Redner des Zentrums erklärte, seine Partei stehe der Einrichtung des Verfassungsausschusses abhold gegenüber.

Die Debatte über diese Frage wird vertagt, der kommunistische Redner kommt in der nächsten Sitzung zu Wort.

Kampf um die Gewerkschaftseinheit

Amsterdam, 29. Mai (E.P.). Auf den seinerzeit gefassten Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes, eine Konferenz mit dem russischen Gewerkschaftsrat nach Amsterdam einzuberufen, wenn die russischen Gewerkschaften den Wunsch zur Einigung an den Internationalen Gewerkschaftsbund zu erkennen gegeben hätten, hat das auswärtige Komitee des Generalrats der Gewerkschaften der Sowjetunion mit einem Schreiben geantwortet, in dem zunächst die Bereitwilligkeit und der Wunsch zur möglichst baldigen Vereinigung und Zusammenfassung aller jetzt noch voneinander getrennten Arbeiter in der Gewerkschaftsbewegung betont wird. Die vom Amsterdamer Internationalen Gewerkschaftsbund geforderte Bedingung, daß die russischen Gewerkschaften vor einer Konferenz ihre Bereitwilligkeit zum Anschluß an die Amsterdamer Internationale erklären müßten, wird jedoch abgelehnt. Am Schluß des Schreibens wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Ausschuß der Amsterdamer Internationale seinen Beschluß revidieren und mit dem russischen Gewerkschaftsrat Ort und Zeit einer Konferenz über die Frage der Vereinigung der Gewerkschaften ohne irgendwelche Vorbedingungen vereinbaren werde.

Kampf der irischen Eisenbahner gegen den Lohnabbau

Dublin, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Eisenbahngesellschaften des Freistaates Irland verlangen eine Lohnreduktion für alle Eisenbahner von 5 Mark pro Woche. Die Gewerkschaften dagegen verlangen die Verstaatlichung der Eisenbahnen und Beibehaltung der bisherigen Löhne. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es zu einem Kampf kommt.

Die SPD. sabotiert die Studienreise nach Rußland

München, 29. Mai. Die Münchener Betriebsräte haben erneut ihren Beschluß bekräftigt, eine gewerkschaftliche Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland zu entsenden. Das hat die Münchener SPD-Führer in Erregung versetzt. Um dem Beschluß entgegenzuarbeiten, steuert sie planmäßig das Gerücht aus, daß die österreichische Eisenbahndelegation bei der Sowjetregierung ausdrücklich freie Bewegung hätte fordern müssen, daß aber die Sowjetregierung die Antwort darauf schuldig geblieben sei. Das ist eine ausgelegte sozialdemokratische Lüge. In Wirklichkeit hat die Kamet-Regierung der österreichischen Eisenbahner-Delegation die Zustreise nach Sowjetrußland verboten.